

22.7.2011

Eckpunkte einer Investitions- und Wachstumsoffensive für Griechenland

Die Krise der griechischen Staatsfinanzen ist eine Herausforderung für Europa. Ohne Überwindung der Wettbewerbsschwäche der griechischen Wirtschaft kann die Krise nicht nachhaltig bewältigt werden. Griechenland hat umfassende Reformen in Wirtschaft und Verwaltung eingeleitet, um die Funktionsfähigkeit der Märkte zu verbessern und der unternehmerischen Initiative mehr Raum zu geben. Die Reformen müssen weitergeführt werden. Griechenland erhält hierfür europäische und internationale Unterstützung. Die nachfolgenden Maßnahmen auf nationaler und auf gemeinschaftlicher Ebene sollen dazu beitragen, die Bedingungen für Investitionen in Griechenland weiter zu verbessern.

I. Maßnahmen auf nationaler Ebene

- **Intensive Fortsetzung** der **wirtschaftlichen Zusammenarbeit** auf der Grundlage des zwischen Deutschland und Griechenland im März 2010 verabredeten Programms zur Deutsch-Griechischen Zusammenarbeit.
- **Flankierung** konkreter Projekte der Wirtschaft u. a. im Bereich der **Energie** (Erneuerbare Energien, Kraftwerksbau, Netzausbau, Energieeffizienz), des **Tourismus**, der **IKT** und des **Transportwesens**.
- **Kurzfristige Durchführung** einer Investitionskonferenz, zu der Bundesminister Rösler Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft in Berlin einladen wird.
- **Administrative Hilfe** beim **Ausbau** wettbewerbllicher Strukturen (Wettbewerbs- und Regulierungsbehörden) und bei der Modernisierung der griechischen Verwaltung.
- **Beratende Unterstützung** der griechischen Regierung bei der **Privatisierung** staatlichen Vermögens und der Erreichung der Privatisierungsziele, u. a. durch Hilfe bei der **Investorensuche** in **Deutschland** und durch Zurverfügungstellung der **deutschen Erfahrungen** beim Privatisierungs- und Umstrukturierungsprozess in den neuen Bundesländern.
- **Intensivierung** der Zusammenarbeit von „!Germany Trade and Invest – GTAI“ und „Invest in Greece“ im Bereich des Informationsaustausches und der Beratung Griechenlands bei der **Investorengewinnung**.

II. Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene

Der Europäische Rat vom 23./24. Juni 2011 hat in seinen Schlussfolgerungen die Notwendigkeit europäischer Maßnahmen für Griechenland unterstrichen.

Dazu zählen

- die Verstärkung der **Synergien** zwischen dem **Darlehensprogramm** und den **EU-Fonds** durch die Europäische Kommission,
- die Unterstützung aller Bemühungen zur Verbesserung der Fähigkeit Griechenlands, **Mittel aus den EU-Fonds** zu absorbieren,
- gezielterer Einsatz der Mittel für die **Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit** und die Schaffung von Arbeitsplätzen,
- Arbeiten an einem umfassenden **Programm zur technischen Unterstützung** Griechenlands.

Diese Maßnahmen sind rasch mit konkreten **Vorschlägen der Kommission** in Angriff zu nehmen. Darüber hinausgehend sollten noch folgende **zusätzliche** Maßnahmen auf **europäischer** Ebene ergriffen werden:

- Die **gemeinschaftliche Kofinanzierung** aus den EU-Strukturfonds könnte zeitlich befristet auf über 85% **erhöht** werden. Dies würde den Mittelabfluss und die Projektabwicklung beträchtlich erleichtern und den griechischen Haushalt entlasten. Zusätzliche europäische Mittel wären **nicht** erforderlich.
- Die griechischen **Strukturfondsprogramme** sollten in enger Abstimmung von Griechenland und EU-Kommission kurzfristig **umprogrammiert** und vorrangig auf die **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit** ausgerichtet werden, insbesondere durch die Förderung von gewerblichen Investitionen sowie der Innovationsleistung der griechischen Wirtschaft.
- In Absprache mit Griechenland sollte die Europäische Kommission ferner Maßnahmen der **technischen Hilfe zur effektiveren Nutzung** der Strukturfonds organisieren. Die Europäische Investitionsbank (**EIB**) und die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (**GIZ**) haben dazu **Vorschläge** unterbreitet. Die von der Europäischen Kommission am 20. Juli 2011 angekündigte Einrichtung einer Task Force sollte die technische Hilfe von Europäischer Kommission und Mitgliedstaaten bündeln und koordinieren.
- Mit Blick auf eine Stärkung des griechischen Mittelstands müssen alle Möglichkeiten eines verbesserten Zugangs zu Finanzmitteln - auch unter Einbeziehung der EIB - ausgelotet werden.

Europäische Investitionsoffensive

- Die Europäische Kommission sollte ihrerseits zu einer **gemeinschaftsweiten Investorenkonferenz** einladen. Die Konferenz sollte sich an europäische und internationale Investoren richten und Möglichkeiten und Themen erörtern, die sich angesichts einer dringend notwendigen Investitionsoffensive in Griechenland ergeben bzw. stellen.

- Europäische Kommission und Griechenland sollten gemeinsam die **Einrichtung von Modellregionen mit einem Sonderregime** prüfen. Mit diesem Instrument könnte die Ansiedlung internationaler, europäischer und griechischer Investitionen auf griechischem Staatsgebiet gefördert werden. Die Modellregionen wären mit einem **besonderen Rechtsrahmen** (u. a. Verwaltungsvereinfachung, Steuer-, Arbeits- und Planungsrecht) und einem sog. „one stop shop“ (Einheitlicher Ansprechpartner für Investoren) auszustatten, bei dem **alle staatlichen Aufgaben gebündelt** sind.